

**OECD Centres****Deutschland**

Berlin (49-30) 288 8353

**Japan**

Tokyo (81-3) 3586 2016

**Mexiko**

Mexiko Stadt (52-5) 528 1038

**Vereinigte Staaten**

Washington (1-202) 785 6323

AUSTRALIEN · BELGIEN · DÄNEMARK · DEUTSCHLAND · FINNLAND · FRANKREICH · GRIECHENLAND · IRLAND · ISLAND · ITALIEN  
JAPAN · KANADA · KOREA · LUXEMBURG · MEXIKO · NEUSEELAND · NIEDERLANDE · NORWEGEN · ÖSTERREICH · POLEN  
PORTUGAL · SLOWAKISCHE REPUBLIK · SCHWEDEN · SCHWEIZ · SPANIEN · TSCHHECHISCHE REPUBLIK · TÜRKEI · UNGARN · VEREINIGTES KÖNIGREICH · VEREINIGTE STAATEN

Paris, den 17. Mai 2001

## Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Zukunft

1. Der Rat der OECD tagte am 16. und 17. Mai 2001 auf Ministerebene unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Poul Nyrup Rasmussen, des Außenministers Mogens Lykketoft und der Ministerin für Wirtschaft und nordische Zusammenarbeit Marianne Jelved, Dänemark; stellvertretende Vorsitzende waren Takeo Hiranuma, Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie, Heizo Takenaka, Minister für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Shigeo Uetake, Erster Stellvertretender Außenminister, Hisashi Kazama, Erster Stellvertretender Umweltminister, Japan, sowie Brigita Schmögnerová, Finanzministerin, Professor László Miklós, Umweltminister, und Peter Brño, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Slowakische Republik. Es fanden Konsultationen mit dem Beratenden Ausschuss der Wirtschaft bei der OECD (BIAC) und dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss bei der OECD (TUAC) statt.
2. Wir begrüßen den *Beitritt der Slowakischen Republik* zur OECD. Der Beitritt der Slowakischen Republik bringt einen über zehnjährigen Prozess von Reformfortschritten zum Abschluss, die sich mit der Einleitung des OECD-Programms „Partner des Übergangs“ mit der Tschechischen und der Slowakischen Republik sowie Ungarn und Polen im Jahr 1991 beschleunigt haben.
3. Die Gesellschaften unserer Länder wie auch aller anderen Länder sind mit tiefgreifenden Transformationen konfrontiert. Wir vertrauen darauf, dass die OECD auch weiterhin ihre Pionierrolle bei der Identifizierung und Evaluierung neu aufkommender Politikfragen sowie bei der Entwicklung neuer Politikkonzepte und -strategien in jenen Bereichen spielen wird, in denen sie über komparative Vorteile verfügt. Die OECD trägt durch ihren einzigartigen und unverzichtbaren zwischenstaatlichen Prozess der Analyse, des Dialogs und der Politikkonzipierung zu einem tieferen Verständnis zwischen den Ländern, einem stabileren Weltwirtschaftssystem und größerem Wohlstand in der Welt bei.
4. Wir sind fest entschlossen, die *Globalisierung so zu gestalten*, dass sie allen zugute kommt, und zu gewährleisten, dass die Ärmsten nicht den Anschluss verlieren. Wir sind uns der Notwendigkeit bewusst, auf nationaler und internationaler Ebene die Kohärenz des gesamten Spektrums von Maßnahmen zu erhöhen, die einen Einfluss auf die Verwirklichung dieses Ziels haben. So müssen insbesondere die Handels-, Investitions- und Entwicklungspolitik einen essentiellen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und Armutsminderung leisten; der Stärkung der Kohärenz zwischen diesen Politikfeldern gebührt dabei besondere Aufmerksamkeit. Wir vertrauen darauf, dass die OECD uns bei dieser Aufgabe unterstützt.

**OECD-Medienkontakte**

Allgemeine Anfragen: Tel. (33) 1 45 24 97 00 - Fax (33) 1 45 24 80 03/94 37 - Recherche & Dokumentation: Tel. (33) 1 45 24 80 88/80 89  
www.oecd.org/media - E-mail: [news.contact@oecd.org](mailto:news.contact@oecd.org)

OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), 2 rue André-Pascal, 75775 Paris Cedex 16, Frankreich  
Tel. (33) 45 24 82 00 - Fax (33) 1 45 24 85 00 - [www.oecd.org](http://www.oecd.org)

### **Die OECD und die übrige Welt**

5. Die Zusammenarbeit und der Dialog der OECD mit Ländern in allen Regionen der Welt sind sehr wirkungsvolle Instrumente, um den wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Fortschritt zur Verwirklichung einer friedvolleren Welt voranzutreiben. Dieser Prozess steht allen Partnern außerhalb der Organisation offen, die unser Engagement für die Schaffung einer auf festen Regeln und Werten basierenden offenen Weltwirtschaft teilen. Wir unterstützen die *Kooperationsprogramme der Organisation mit Nicht-OECD-Ländern* und begrüßen das wachsende Interesse von Nichtmitgliedsländern an einer Beteiligung an den OECD-Arbeiten. Die OECD bleibt, ausgehend vom Grundsatz des beiderseitigen Interesses, für den Beitritt von Staaten offen, die die gemeinsamen Werte der OECD-Mitgliedsländer teilen, geht gleichzeitig aber auch selektiv vor, indem sie die Tradition strenger Beitrittskriterien sowie der Effektivität und Relevanz für die Mitgliedsländer aufrechterhält. Wir wissen die Fähigkeit der OECD zu schätzen, Brücken zu Nichtmitgliedsländern im Rahmen gemeinsamer Reformbestrebungen sowie mit dem Ziel der erfolgreichen Integration dieser Länder in das internationale Wirtschaftssystem zu schlagen.

6. Die Diskussionen, die wir auf unserer diesjährigen Tagung mit Ministern aus Brasilien, China, Indonesien, Mali, Rumänien, Russland, Singapur und Südafrika geführt haben, sind ein Beitrag zur Stärkung des Vertrauens in das multilaterale Handelssystem und ein Schritt in Richtung auf die Einleitung neuer Verhandlungen im Rahmen der WTO im November dieses Jahres in Doha.

7. Neben der engeren Zusammenarbeit mit ihren traditionellen Partnern BIAC und TUAC führte die OECD im vergangenen Jahr auch verstärkt gemeinsame Aktivitäten mit Nichtregierungsorganisationen (NRO) und anderen Vertretern der Zivilgesellschaft durch. Mit diesem permanenten Dialog wird Vertrauen in die öffentlichen Institutionen gebildet und das Verständnis der Öffentlichkeit für die Vorteile und die Herausforderungen des weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Wandels erhöht. Wir begrüßen das OECD-Forum 2001 als Plattform für einen effektiven Dialog zwischen einer Vielzahl von Akteuren, der einen wertvollen Beitrag zu unseren Arbeiten leisten wird.

### **Wirtschaftsaussichten**

8. Die *Weltwirtschaft* hat sich seit unserer letzten Tagung im Juni 2000 deutlich abgeschwächt. Den derzeitigen Projektionen zufolge wird das Wachstum im OECD-Raum 2001 auf rd. 2% zurückgehen und damit halb so hoch sein wie im vergangenen Jahr. Zudem bestehen einige große Leistungsbilanzungleichgewichte fort. Jedoch sind die Grundvoraussetzungen für die Rückkehr zu einem wieder stärkeren Wachstum gegeben, und die Inflation wird voraussichtlich niedrig bleiben. Die makroökonomische Politik und die Strukturreformen sollten auf die langfristige Steigerung von Produktivitätswachstum und Beschäftigung ausgerichtet sein.

9. In den *Vereinigten Staaten* kam es zu einer deutlichen Konjunkturabschwächung. Die langfristigen Fundamentaldaten sind nach wie vor robust. Die Geldpolitik sollte auch weiterhin auf ein nachhaltiges inflationsfreies Wachstum abzielen. In der Finanzpolitik sollte das Hauptaugenmerk auf mittlere Sicht der wirtschaftlichen Effizienz und gesunden Staatsfinanzen gelten, einschließlich der Förderung einer höheren privaten Ersparnis.

10. In *Japan* sind die kurzfristigen Aussichten auf einen selbsttragenden Aufschwung ungewiss, während die Preise weiter nachgeben und die Staatsverschuldung steigt. Die Geldpolitik muss eine reichliche Liquiditätsversorgung gewährleisten, bis der Verbraucherpreisauftrieb wieder bei oder über null verharrt. Die derzeitige Finanzpolitik ist darauf abgestellt, den Aufschwung zu begünstigen, es müssen aber unverzüglich eine glaubwürdige mittelfristige Strategie der Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen ausgearbeitet werden. Wir begrüßen die feste Absicht der japanischen Regierung, die Bilanzprobleme im Finanz- und Unternehmenssektor zu lösen und die Strukturreform an den Wertpapier- und Immobilienmärkten zu verstärken. Diese feste Absicht muss nun unbedingt energisch umgesetzt werden, und die Regulierungsreform sollte beschleunigt werden.

11. In *Europa* wird sich das Wachstum in diesem Jahr verlangsamen, die Aussichten sind jedoch günstig. Die wirtschaftlichen Fundamentaldaten sind nach wie vor gut, und die Arbeitslosigkeit wird weiter zurückgehen. Es bedarf weiterer Strukturreformen für eine effizientere Funktionsweise der Arbeits-, Produkt- und

Finanzmärkte, um das langfristige Wachstum zu stärken und die Arbeitslosigkeit dauerhaft zu senken. Im Euroraum entstand mit den nachlassenden Risiken für die Preisstabilität Spielraum für eine Lockerung der Geldpolitik. Die jetzt seit mehreren Jahren verfolgte restriktive Finanzpolitik hat die Voraussetzungen für die Steuersenkungen geschaffen, die derzeit in den meisten europäischen Ländern umgesetzt werden. Diese steuerlichen Entlastungen werden nachfragestützend wirken, die Arbeits- und Investitionsanreize erhöhen und mithin die angebotsseitigen Bedingungen verbessern. Die Steuersenkungen in diesen Ländern müssen von einer strikten Kontrolle über die öffentlichen Ausgaben flankiert werden; denn die Alterung der Bevölkerung wird die öffentlichen Finanzen stark beanspruchen und in den meisten Ländern eine Stärkung der Rentensysteme sowie einen weiteren Abbau der Staatsverschuldung erfordern. Die Einführung von Euro-Banknoten und -Münzen am 1. Januar 2002 wird der wirtschaftlichen Integration neue Impulse verleihen, was sich potentiell sowohl für den Euroraum als auch für die Weltwirtschaft allgemein sehr positiv auswirken kann.

### ***Nachhaltige Entwicklung: Integration ökonomischer, ökologischer und sozialer Ziele***

12. *Nachhaltige Entwicklung* ist ein übergeordnetes, wesentliches Ziel für die Regierungen der Mitgliedsländer wie auch für die OECD selbst. Die drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung – Stärkung des Wirtschaftswachstums, Förderung der Human- und Sozialentwicklung sowie Umweltschutz – stellen interdependente Ziele dar, die von den OECD-, Reform- und Entwicklungsländern entsprechend ihren gemeinsamen und unterschiedlichen Verantwortlichkeiten international konzentrierte Aktionen zur Bereitstellung der lebenswichtigen öffentlichen Güter globaler Natur erfordern. Wir erkennen an, dass die OECD-Länder eine besondere Verantwortung haben, die Führungsrolle bei der Verwirklichung einer weltweit nachhaltigen Entwicklung zu übernehmen, sowohl aus historischen Gründen als auch in Anbetracht des Gewichts, das ihnen nach wie vor für die Weltwirtschaft und die globale Umwelt zukommt. Wir sind uns der Dringlichkeit der Herausforderung wie auch der Kluft zwischen Konzipierung und Umsetzung der Politik bewusst. Wir sind entschlossen, diese Lücke zu schließen, und werden zur Erreichung unserer gemeinsamen Ziele für eine nachhaltige Entwicklung aktiv mit Ländern außerhalb der OECD zusammenarbeiten.

13. Wir sind uns darüber einig, dass es auf nationaler und internationaler Ebene echter Fortschritte bedarf, damit der für September 2002 in Johannesburg anberaumte *Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung* ein Erfolg wird. Wir werden dafür sorgen, dass bis zum Weltgipfel in allen OECD-Mitgliedsländern nachhaltige Entwicklungsstrategien eingeleitet werden. Die Rolle der *OECD-Roundtable-Gespräche über nachhaltige Entwicklung* als Forum für den internationalen Dialog der beteiligten Akteure sollte verstärkt werden. Wir unterschreiben die von der OECD erstellte *Environmental Strategy for the First Decade of the 21<sup>st</sup> Century*<sup>1</sup> (Umweltstrategie für die erste Dekade des 21. Jahrhunderts) und vertrauen darauf, dass die OECD die Umsetzung dieser Strategie unterstützt und eingehend verfolgt. Wir begrüßen das Kommuniqué der Minister der IEA-Länder<sup>2</sup> über den Platz der Energie in einer nachhaltigen Zukunft.

14. Der OECD-Bericht *Policies to Enhance Sustainable Development* (Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung) skizziert einen Politikrahmen für die bessere Integration von Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialbelangen und die Entkopplung des Wirtschaftswachstums von einer Reihe von Umweltbelastungen. Der Bericht unterstreicht die Notwendigkeit einer sorgfältigen, auf soliden wissenschaftlichen Kriterien fußenden Analyse, die das gesamte Politikinstrumentarium wie auch die damit jeweils verbundenen Kosten und Nutzeffekte berücksichtigt. Wir verpflichten den aus dem Bericht abgeleiteten Politikempfehlungen bei:

- *Rückgriff auf die Märkte*: Alle OECD-Länder sollten besseren Gebrauch von marktorientierten Instrumenten machen und diese effektiv mit Regulierungen kombinieren. Maßnahmen zur Förderung freiwilliger Initiativen sowie Sensibilisierungsprogramme haben ebenfalls ihren Platz. Die Anwendung solcher Instrumente wie Systeme für den Emissionsrechtehandel und Ökosteuern sowie der schrittweise Abbau umweltschädigender Förderprogramme in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Verkehr, Energie, Verarbeitendes Gewerbe u.a.m. sollten fortgeführt und der Situation in den einzelnen Ländern angepasst werden. Das wird zur Entwicklung nachhaltiger Konsum- und Produktionsstrukturen beitragen.

---

1. PAC/COM/NEWS(2001)46

2. IEA/PRESS(01)13

- *Bewältigung der Klimaänderungen:* Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass Klimaänderungen die weltweit dringendste ökologische Herausforderung darstellen, die eine starke Führungsrolle und Aktionen seitens der OECD-Mitglieder erfordert, wobei diese sich an ihren gemeinsamen, aber jeweils unterschiedlichen Verantwortlichkeiten orientieren und eng mit den Reform- und Entwicklungsländern innerhalb des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) zusammenarbeiten sollten. Die Regierungen der OECD-Länder erkennen die Notwendigkeit an, die Treibhausgasemissionen deutlich zu reduzieren, wobei die Industriestaaten vorangehen müssen, und die Treibhausgassenken und -speicher zu schützen und zu verstärken, um die Konzentrationen in der Atmosphäre langfristig auf einem Niveau zu stabilisieren, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird. Wir werden unseren nationalen Verpflichtungen, namentlich in Bezug auf die Emissionsbegrenzung und -minderung einschließlich der im Rahmen der UNFCCC festgelegten Ziele, voll nachkommen. Auch wenn sie ihre Divergenzen in Bezug auf das Kyoto-Protokoll anerkennen, sind die Regierungen der OECD-Länder fest entschlossen, das Problem der Klimaänderungen gemeinsam anzugehen, und werden konstruktiv an der 6. Vertragsstaatenkonferenz teilnehmen, die in Bonn fortgesetzt werden wird. Für die große Mehrzahl der OECD-Länder bedeutet dies, dass sie sich das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls bis Ende 2002 zum Ziel setzen, wobei die Ratifizierungsverfahren rechtzeitig eingeleitet werden müssen und die breitest mögliche Unterstützung der internationalen Gemeinschaft anzustreben ist.
  - *Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen:* Die Marktpreise natürlicher Ressourcen müssen die Gesamtheit der ökologischen und sozialen Kosten und Nutzeffekte wirtschaftlicher Tätigkeiten widerspiegeln, um nicht marktrelevanten Werten und Langzeitwirkungen besser Rechnung zu tragen. Fortschritte in diesem Bereich setzen eine Erweiterung der Wissensbasis durch Forschungsarbeiten zu Umweltgrenzen und nicht marktrelevanten Werten voraus, damit die Märkte dem Ziel der Ressourcenerhaltung besser gerecht werden und die Nettokosten der Abfallströme reduziert werden.
  - *Bessere Ausschöpfung des Potentials von Wissenschaft und Technologie:* Wissenschaftliche Forschung und Innovation können die Effizienz des Ressourceneinsatzes und die Umweltqualität des Wachstums steigern. Der vermehrte Rückgriff auf Marktsignale zur Erreichung von Umweltzielen wird den Beitrag von Wissenschaft und Technologie zur nachhaltigen Entwicklung erheblich verstärken. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) bieten Möglichkeiten für einen deutlich reduzierten Einsatz von Rohstoffen, Energie und Verkehrsmitteln und bergen ein Potential für Neuorientierungen in Bezug auf Konzipierung, Umsetzung und Überwachung der Umweltpolitik.
  - *Stärkung der Entscheidungsfindung und Informationsverbreitung:* Es bedarf einer besseren Politikintegration und -kohärenz auf allen Verwaltungsebenen, einer engeren Einbeziehung der Parlamente sowie besserer Interaktionsmechanismen zwischen Bürgern und Organisationen der Zivilgesellschaft, einschließlich eines erweiterten Zugangs der Öffentlichkeit zu Informationen und einer verstärkten Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung. Bei der Konzipierung von Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung sollten die Länder in Fällen, in denen es an wissenschaftlicher Sicherheit mangelt, mit Vorsicht handeln.
  - *Weltwirtschaftliche Verknüpfungen:* Die Handels-, Investitions-, Umwelt- und Sozialpolitiken sollten kohärent sein und sich gegenseitig verstärken. Um zu gewährleisten, dass die Nutzeffekte der Globalisierung und des technologischen Fortschritts möglichst vielen zu Gute kommen, bedarf es offener Weltmärkte. Wir müssen auch auf ein ökologisch nachhaltiges und sozialverträgliches Wachstum in den Entwicklungsländern hinwirken, indem wir deren Zugang zu OECD-Märkten verbessern und die Bemühungen um Kapazitätsaufbau, Zusammenarbeit im Technologiebereich, gute Staats- und Verwaltungsführung sowie Armutsminderung unterstützen.
15. Die OECD wird die Regierungen weiterhin unterstützen, indem sie:
- *einvernehmlich festgelegte Indikatoren* konzipiert, mit denen die erreichten Fortschritte in Bezug auf alle drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung, einschließlich der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltdegradation, gemessen werden können, und zwar im Hinblick auf deren Integration in die OECD-Verfahren der gegenseitigen Länderprüfungen im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltbereich sowie die Schließung bestehender Lücken im statistischen und wissenschaftlichen Datenmaterial;

- identifiziert, wie die *Hindernisse für Politikreformen*, insbesondere für den besseren Einsatz marktorientierter Instrumente und den Abbau umweltschädlicher Subventionen, überwunden werden können und ihre analytischen Arbeiten über diese Instrumente vertieft;
- die *sozialen Aspekte nachhaltiger Entwicklung* einschließlich Fragen des Human- und Sozialkapitals sowie deren Wechselwirkungen mit der wirtschaftlichen und umweltbezogenen Dimension weiter analysiert;
- Orientierungshilfen für eine bessere Kohärenz und Integration von Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik liefert.

Die OECD wird uns im Jahr 2002 einen Sachstandsbericht vorlegen, insbesondere über den Einsatz von Indikatoren für nachhaltige Entwicklung, u.a. mit dem Ziel, einen Beitrag zum bevorstehenden Gipfel von Johannesburg zu leisten.

### **Die soziale Dimension der nachhaltigen Entwicklung**

#### *Sozialer Zusammenhalt*

16. Ein verstärkter *sozialer Zusammenhalt* ist ein zentrales Anliegen nachhaltiger Entwicklung. Daher sind wir gefordert, die Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung zu bekämpfen. Chronisch niedrige Einkommen, Mangel an Arbeits- und Lernmöglichkeiten sowie fehlender Zugang zu befriedigenden öffentlichen Dienstleistungen benachteiligen bestimmte Gruppen und Gebiete und verhindern Fortschritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. Beschäftigungs- und Karrieremöglichkeiten für alle zu schaffen, die arbeiten können, ist ein Schlüsselement jeder Strategie zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Die Arbeitslosigkeit ist im OECD-Raum in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen, doch muss noch mehr getan werden, um die Langzeitarbeitslosigkeit sowie die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen im Rahmen eines angemessenen sozialen Sicherheitsnetzes abzubauen. Wir begrüßen die Arbeiten der OECD über eine beschäftigungsorientierte Sozialpolitik, die dazu beiträgt, soziale Ungleichheiten zu überwinden, die Anpassung an rapide wirtschaftliche Umstrukturierungen zu erleichtern und die Wachstumsaussichten zu verbessern. Die vom Vereinigten Königreich und der OECD am 9. und 10. Oktober 2000 in London gemeinsam veranstaltete Ministertagung zum Thema *Opportunity for All*<sup>3</sup> hat gezeigt, wie durch ressortübergreifende konzertierte Aktionen erfolgreich gegen Armut und Entbehrung angegangen werden kann.

#### *Alterung*

17. Die aus der *Alterung der Bevölkerung* erwachsenden Konsequenzen stellen die OECD-Volkswirtschaften weiterhin vor eine große Herausforderung. Die von der OECD durchgeführte Prüfung der Renteneinkommenssysteme zeigt, dass die Länder Reformen umsetzen, doch muss mehr getan werden, um sie zu verstärken und „aktives Altern“ zu einer Realität werden zu lassen. Es bedarf weiterer Reformen, die den Verbleib älterer Arbeitskräfte im Erwerbsleben fördern und unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Gegebenheiten ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen den verschiedenen Formen der Altersversorgung herstellen, um das grundlegende Ziel der Sicherstellung angemessener Alterseinkommen zu verwirklichen. Wir begrüßen die Arbeiten der OECD über aktives Altern, darunter ihren Beitrag zur Charta von Turin<sup>4</sup>. Wir müssen uns dringend mit den Hindernissen auseinandersetzen, die der Einstellung, Umschulung und Weiterbeschäftigung älterer Arbeitskräfte entgegenstehen, und wir sehen den OECD-Arbeiten zu diesem Thema mit Interesse entgegen.

#### *Gesundheitswesen*

18. Gesundheit ist unabdingbar für eine nachhaltige Entwicklung. Die *Gesundheitssysteme* sind ein wichtiges Element des sozialen Zusammenhalts und bilden heute in vielen OECD-Ländern die größte Dienstleistungsbranche. Im Hinblick auf die Konsequenzen dieser Systeme für Effizienz, Effektivität und soziale Gerechtigkeit, ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen sowie ihre Fähigkeit, die Herausforderungen des

3. PAC/COM/NEWS(2000)88

4. *Towards Active Ageing*, 10.-11. November 2000.

medizinischen Fortschritts, der demographischen Alterung und der immer höheren Erwartungen zu bewältigen, sind kreative Politikansätze notwendig. Das *Health Project* der OECD wird grundsätzliche Orientierungshilfen für die Behandlung dieser Fragen liefern, und wir sehen der *Konferenz von Ottawa* im November 2001, die die Verbesserung der Ergebnisse der Gesundheitssysteme zum Thema hat, mit Interesse entgegen.

### *Migration*

19. Die *Migration* wird für die Ein- und Auswanderungsländer, für deren Regierungen sowie für die Öffentlichkeit zu einem immer dringlicheren Problem. Sie bringt eine Vielzahl sozial-, wirtschafts-, entwicklungs- und außenpolitischer Herausforderungen und Chancen mit sich. Die OECD ist eine wichtige Schaltstelle für die Beobachtung von Migrationstrends und -politiken. Wir erwarten von der OECD, dass sie ihre Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Migrationsfolgen in den Ziel- wie in den Herkunftsländern, einschließlich der Frage der internationalen Mobilität von Arbeitskräften unterschiedlicher Qualifikationsniveaus, vertieft und erweitert.

### **Wachstum, Technologie und Humankapital**

20. Bei ihrer Tagung im Mai 1999 hatten die Minister die OECD aufgefordert, die Ursachen der Wachstumsdisparitäten zwischen den OECD-Ländern zu untersuchen und zu ermitteln, welche Faktoren, Institutionen und Maßnahmen die längerfristigen Wachstumsaussichten verbessern könnten. Wir begrüßen den Bericht *The New Economy: Beyond the Hype* (Die neue Wirtschaft: Mythos oder Realität) und pflichten den wichtigsten darin enthaltenen Schlußfolgerungen bei. Neue Technologien, insbesondere im IuK-Bereich, erklären die in den vergangenen zehn Jahren beobachteten Unterschiede in den Wachstumsstrukturen nur zum Teil. Weitere Faktoren sind u.a. Einsatz und Qualität der Arbeitskräfte sowie ein besonders effizientes Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital. Die Nutzung neuer Wachstumschancen erfordert eine Vielzahl sich gegenseitig verstärkender Maßnahmen:

- *Richtige Weichenstellung.* Eine stabile makroökonomische Politik gehört zu den Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wachstumsstrategie, höhere Beschäftigung und Preisstabilität. Haushaltsdisziplin und eine produktivitätsorientierte Lohnentwicklung tragen zu niedriger Inflation bei und bauen Unsicherheit ab, wodurch die Effizienz der Preismechanismen bei der Ressourcenallokation verbessert und das Vertrauen von Verbrauchern und Investoren gestärkt wird. Offenere, wettbewerbsorientierte und gut funktionierende Produkt-, Finanz- und Arbeitsmärkte und entsprechende Institutionen stimulieren den Wandel und erhöhen die Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaften. Günstige makroökonomische Bedingungen sowie Struktur- und Regulierungsreformen verstärken einander und tragen zu einer Steigerung der Innovationschancen und des Wachstumspotentials bei.
- *Die neuen Technologien haben die Rolle und Bedeutung von Bildung und Humankapitalentwicklung noch verstärkt.* Es bedarf einer umfassenden Strategie des lebensbegleitenden Lernens, die sich u.a. auf folgende Elemente erstreckt: Zugang zu Vorschulerziehung und Kinderbetreuung, Erwerb solider Bildungsgrundlagen, besserer Übergang von der Schule ins Erwerbsleben mit engeren Verbindungen zwischen Bildungssektor und Arbeitsmarkt sowie effektive Fort- und Weiterbildungssysteme, die lebenslange Bildungschancen bieten. Wir sind uns der Notwendigkeit bewusst, die Fähigkeit der Humanressourcen zum Umgang mit den neuen Technologien zu erhöhen und die Arbeitsmarktinstitutionen dem sich wandelnden Charakter der Arbeit anzupassen. Wir begrüßen den ehrgeizigen Rahmen, den die Bildungsminister auf ihrer Tagung im April 2001 mit der Annahme des Kommuniqués *In Kompetenzen für alle investieren*<sup>5</sup> abgesteckt haben.
- *Forschung, Innovation und unternehmerische Initiative sind Schlüsselfaktoren für das Wachstum.* Wir werden uns weiter entschlossen für eine angemessene Finanzierung der Grundlagenforschung einsetzen und bestrebt sein, die Effizienz und Effektivität der öffentlichen Gelder für Forschung und Entwicklung zu verbessern, Regelungen zum Schutz geistigen Eigentums zu fördern, die die Innovation stimulieren und deren Verbreitung sicherstellen und die Hindernisse für eine effektive Interaktion zwischen Wissenschaft und Industrie auszuräumen. Wir werden darauf hinarbeiten, gemäß der *Charta von Bologna* ein günstiges Umfeld für Unternehmungen und Risikobereitschaft, insbesondere für neue und mittelständische Firmen, zu

5. PAC/COM/NEWS(2001)32

gewährleisten. Wir sind entschlossen, den Zugang zu Wagniskapital zu verbessern sowie schwerfällige Verwaltungsvorschriften und Konkursbestimmungen zu überprüfen.

- *Spezifische Maßnahmen für den erfolgreichen Einsatz von IuK-Technologien:* Wir werden uns dafür einsetzen, die Verbreitung von IuK-Technologien durch eine Verstärkung des Wettbewerbs in den IuK-Sektoren, insbesondere im Telekommunikationsbereich, sowie eine Festigung des Nutzervertrauens in diesen Sektoren zu erleichtern. Der öffentliche und der private Sektor müssen gemeinsam dafür sorgen, dass IuK-Anwendungen, wie z.B. der elektronische Geschäftsverkehr, für die Nutzer sicher und zuverlässig werden.

21. Die Arbeiten im Rahmen des *Growth Project* sind von zentraler Bedeutung für unsere Bestrebungen, die Wachstumsergebnisse zu verbessern. Die OECD wird ihre Analysen fortführen, um die Rolle der IuK-Technologien, des Human- und Sozialkapitals und der Faktoren, die einem positiven, wettbewerblichen Unternehmensumfeld auch auf lokaler und regionaler Ebene förderlich sind, besser zu ergründen, und sie wird ihre vergleichenden Evaluierungen (*Benchmarking*) und gegenseitigen Prüfungen (*Peer Reviews*) im Bereich der Strukturreformen verstärken. Ferner wird die OECD ihre Arbeiten über die Beziehungen zwischen Wachstum und nachhaltiger Entwicklung vertiefen. Sie wird uns 2003 hierüber Bericht erstatten.

22. Bei der Umsetzung der von den OECD-Ministern 1998 angenommenen Erklärungen über Datenschutz, Authentifizierung und Verbraucherschutz im Zusammenhang mit dem elektronischen Geschäftsverkehr wurden gute Fortschritte erzielt. Die Arbeiten in diesen Bereichen werden fortgesetzt, um das Vertrauen in den *E-Handel* zu stärken. Von wesentlicher Bedeutung ist auch ein effizienter, effektiver und transparenter steuerlicher Rahmen für den elektronischen Geschäftsverkehr: Die Umsetzung der steuerlichen Rahmenbedingungen von Ottawa macht Fortschritte<sup>6</sup> und wird Thema einer internationalen Konferenz über *Tax Administration in an Electronic World* sein, die im Juni 2001 in Montreal stattfindet.

23. In und zwischen den OECD-Mitgliedsländern wie auch zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern ist eine „*digitale Kluft*“ entstanden, die sich ausweiten wird, wenn die Staaten die neuen technologischen Möglichkeiten nicht angemessen nutzen oder zu nutzen imstande sind. Die OECD-Arbeiten zeigen, dass wettbewerbsfördernde Maßnahmen sowie geeignete Regulierungsstrukturen wesentliche Elemente zur Überbrückung dieser Kluft sind. Wir begrüßen die Ergebnisse der im Januar 2001 zu diesen Fragen veranstalteten Konferenz von Dubai. Wir ermutigen die OECD, die Zusammenarbeit mit Reform- und Entwicklungsländern sowie mit anderen internationalen Gremien weiter auszubauen, u.a. auch durch ihren wichtigen Beitrag zur G8-DOT-Force-Initiative zur Umsetzung der Charta von Okinawa. Wir sehen dem OECD-Weltforum über die digitale Wirtschaft im Jahr 2002 mit Interesse entgegen.

24. Die wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten zwischen den einzelnen Regionen nehmen zu, und die Chancen auf Wohlstand sind ungleich verteilt. Die von der OECD durchgeführten *Territorial Reviews*<sup>7</sup> (Prüfungen der räumlichen Entwicklung) werden einen wichtigen Beitrag zur regionalen und lokalen Dimension der Politik unserer Länder leisten.

25. Wir begrüßen den Erfolg der beiden im November 2000 zu den Themen *Gender Mainstreaming: Competitiveness and Growth* und *Women Entrepreneurs in SMEs* veranstalteten Konferenzen. Wir erwarten von der OECD, dass sie Gender-Analysen weiter in ihre Arbeiten einbezieht und Maßnahmen ergreift, um innerhalb der Organisation ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen den Geschlechtern herzustellen.

## **Governance**

26. Die Stärkung einer effektiven und kohärenten *Staats- und Verwaltungsführung* nimmt weiterhin einen vorrangigen Platz auf der politischen Agenda ein. Leistungsfähige demokratische Institutionen – namentlich

6. Vgl. *Taxation and Electronic Commerce : Implementing the Ottawa Taxation Framework Conditions*, Mai 2001

7. Bisher abgeschlossene Prüfungen: Länderprüfungen – Ungarn, Italien, Korea. Regionale Prüfungen – Teruel und CCV (Spanien), Tzoumerka (Griechenland) und Bergamo (Italien). In den Jahren 2001 und 2002 sollen Länderprüfungen für Kanada, Mexiko und die Schweiz durchgeführt werden und gleichzeitig mehrere Regionen in anderen Mitgliedsländern geprüft werden.

Parlamente – sowie die Bekämpfung der Korruption sind zentrale Elemente verantwortungsbewussten staatlichen Handelns. Größere Offenheit, Transparenz und Rechenschaftspflicht müssen zu Leitprinzipien für die Regierungen der OECD-Mitgliedsländer wie auch für die übrige Welt werden. Die OECD sollte ihren Dialog mit Nicht-Mitgliedsländern über Staats- und Verwaltungsführung fortsetzen, mit dem sie einen ganz wesentlichen Beitrag leistet. Wir begrüßen die Schlussfolgerungen des im März 2001 in Neapel veranstalteten *Third Global Forum on E-Government* und ersuchen die OECD, die Herausforderungen und Chancen des *E-Government* weiter zu sondieren.

27. In der öffentlichen Debatte nehmen die komparativen Nutzeffekte und Kosten von Regulierung und Deregulierung in den Mitgliedsländern immer breiteren Raum ein. Die laufenden Analysen der OECD zum Thema *Regulierungsreform* zeigen, dass sorgfältig konzipierte Maßnahmen die Regulierungsqualität verbessern, den Verbrauchern größere Wahlfreiheit einräumen und die Preise senken; die Prüfungen der Regulierungsreformen in den einzelnen Mitgliedsländern<sup>8</sup> liefern wichtige multidisziplinäre Orientierungshilfen für das Regulierungsmanagement. Wir begrüßen die *Recommendation on Structural Separation of Regulated Industries* der OECD (Empfehlung der OECD über die strukturelle Trennung in regulierten Branchen), die unter Anerkennung der zwischen den einzelnen Ländern und Branchen bestehenden Unterschiede Orientierungshilfen für eine wettbewerbsfördernde Reform der staatlichen Versorgungsunternehmen enthält. Wir unterstützen die Arbeiten der OECD zur Konzipierung von Grundsätzen und besten Verfahrensweisen für die Regulierung privater Altersversorgungssysteme.

28. Der *Korruptionsbekämpfung* kommt nach wie vor hohe Priorität zu. Bei der Ratifizierung des Bestechungsübereinkommens wurden weitere Fortschritte erreicht: 32 Länder haben entsprechende Urkunden hinterlegt, doch fehlen in einigen Ländern noch die Durchführungsbestimmungen bzw. sind die vorhandenen Bestimmungen lückenhaft. Die Überwachung der Umsetzung des Übereinkommens und der dazu gehörigen Empfehlungen, einschließlich der effektiven Beseitigung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Bestechungsgeldern, muss rigoros fortgesetzt und intensiviert werden. Die OECD wird ihre Arbeiten über damit zusammenhängende Fragen fortsetzen: Fälle von Bestechung im Zusammenhang mit ausländischen politischen Parteien, Versprechen oder Gewährung von Vorteilen an einen potentiellen ausländischen Amtsträger, Bestechung ausländischer Amtsträger als Vortat im Sinne der Rechtsvorschriften über Geldwäsche sowie die Rolle von ausländischen Tochtergesellschaften und Offshore-Zentren bei Bestechungshandlungen. Wir befürworten die Bemühungen, ein breites Spektrum von Staaten außerhalb der OECD in den Kampf gegen die Korruption einzubinden, insbesondere im Rahmen regionaler Initiativen, und unterstützen den Beitritt anderer Staaten zu dem Übereinkommen, soweit sie die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen.

29. Wir nehmen die bisher durchgeführten Arbeiten über wettbewerbsverzerrende Steuerpraktiken zur Kenntnis und sehen dem Abschluss des OECD-Projekts erwartungsvoll entgegen.

#### *Die Welt der Unternehmen: Governance und Verantwortung*

30. Wir begrüßen die von der OECD in Kooperation mit der Weltbank durchgeführten Arbeiten und insbesondere die erfolgreichen Roundtable-Konferenzen zum Thema *Corporate Governance*, die im vergangenen Jahr in Asien, Lateinamerika, Russland und Eurasien stattgefunden haben. Diese Roundtable-Konferenzen spielen eine wichtige Rolle bei der weltweiten Stärkung der Unternehmensgouvernanz (*Corporate Governance*) und werden der OECD bei der Vorbereitung der für 2005 anberaumten ersten Prüfung der *OECD-Grundsätze der Corporate Governance* helfen. Wir sehen der analytischen Arbeit und dem Informationsaustausch zwischen den OECD-Mitgliedstaaten über ihre Erfahrungen auf dem Gebiet der *Corporate Governance* im Zuge der Vorbereitungen für diese Prüfung erwartungsvoll entgegen. Wir begrüßen ferner den Bericht der OECD über den Missbrauch von Rechtsvehikeln<sup>9</sup> für illegale Zwecke (*Report on the Misuse of*

8. Bisher wurden folgende Prüfungen abgeschlossen: Tschechische Republik, Dänemark, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Japan, Korea, Niederlande, Spanien und Vereinigte Staaten. 2001/2002 sollen Kanada, Polen, die Türkei und das Vereinigte Königreich geprüft werden. Für die Jahre 2002/2003 haben mehrere Länder, darunter Deutschland, ihr Interesse an einer Prüfung bekundet.

9. Rechtsvehikel sind juristische Personen, namentlich Kapitalgesellschaften, Vermögensverwaltungsgesellschaften, Stiftungen und Personengesellschaften mit beschränkter Haftung, über die eine Vielzahl gewerblicher Aktivitäten betrieben und verschiedenste Aktivbestände gehalten werden können.

*Corporate Vehicles for Illicit Purposes*), der zu den Anstrengungen zur Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche beitragen wird.

31. Auch die *privaten Initiativen zur Förderung der Unternehmensverantwortung* nehmen zu: Wir empfehlen der OECD, diese positive Entwicklung zur effektiven Umsetzung der *OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen* zu nutzen. Wir bekräftigen unser Engagement für die Leitsätze sowie die Notwendigkeit, dass alle Beteiligten den laufenden konstruktiven Dialog fortsetzen, der die Grundlage für die Überarbeitung der Leitsätze im Jahr 2000 bildete. Wir unterstützen weitere gemeinsam beschlossene analytische Arbeiten im Bereich der *Unternehmensverantwortung* und erwarten, dass die bevorstehende Jahrestagung der Nationalen Kontaktstellen die Umsetzung der Leitsätze weiter voranbringen wird.

32. *Internationale Investitionen* sind ein wichtiger Motor für ein weltweit nachhaltiges Wachstum sowie für die Einbindung von Nichtmitgliedstaaten in die Weltwirtschaft. Die analytischen Arbeiten der OECD über ausländische Direktinvestitionen werden einen wichtigen Beitrag zu dem für November 2001 anberaumten Weltinvestitionsforum der OECD wie auch der Hochrangigen VN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung leisten, die 2002 in Mexiko stattfinden soll. Wir begrüßen die Absicht von Estland, Israel, Lettland, Litauen, Singapur, Slowenien und Venezuela, sich der *Erklärung über internationale Investitionen und multinationale Unternehmen* anzuschließen, und ermutigen andere Länder, dies ebenfalls zu tun.

### **Das multilaterale Handelssystem**

33. Wir bekunden unseren festen Willen zur *Einleitung einer neuen weltweiten Runde multilateraler Handelsverhandlungen* auf der für November anberaumten WTO-Ministerkonferenz in Doha. Wir werden uns mit allen Ländern der WTO konstruktiv hierfür einsetzen. Die Verhandlungen im Rahmen der „Built-in-Agenda“ über Dienstleistungen und Landwirtschaft schreiten voran. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass Bemühungen um Konsolidierung des multilateralen Handelssystems breit angelegte und ausgewogene Verhandlungen sowie eine Stärkung der WTO als einer an festen Regeln orientierten Einrichtung voraussetzen. Der weiter gefasste Rahmen einer neuen Verhandlungsrunde wird dazu beitragen, die Umsetzung der „Built-in-Agenda“ voranzubringen, und wird die Aussicht auf eine breitere Verteilung der von allen Teilnehmern erhofften Vorteile eröffnen. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, auf eine Stärkung des multilateralen Handelssystems hinzuwirken und protektionistischen Bestrebungen zu widerstehen.

34. Alle WTO-Mitglieder müssen ihre Anliegen und Interessen im Endergebnis berücksichtigt sehen, und es bedarf einer transparenten Verhandlungsführung. Wir müssen eine Liberalisierung des Handels und eine Stärkung der WTO-Regeln anstreben, die den Anforderungen des 21. Jahrhunderts und unserem gemeinsamen Ziel einer nachhaltigen Entwicklung gerecht werden. Die Verknüpfungen zwischen Handelsliberalisierung und Umwelt wie auch die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen müssen sorgfältig geklärt werden. Alle WTO-Mitglieder müssen in Bezug auf die Verhandlungsbereiche und -modalitäten kreativ und flexibel sein. Handel und Beschäftigung wie auch andere Aspekte der sozialen Entwicklung werfen Probleme auf, die im Wege des Dialogs unter Berücksichtigung des Fachwissens aller einschlägigen internationalen Institutionen, einschließlich der WTO, angepackt werden müssen.

35. Eine neue Runde ist für die Entwicklungsländer von entscheidender Bedeutung angesichts der Notwendigkeit, ihr Wirtschaftswachstum anzukurbeln, die Armut zu mindern und ihre Integration in das multilaterale Handelssystem zu fördern. Wir erkennen an, dass eine Reihe von Sektoren, namentlich die Landwirtschaft sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie, für diese Länder von besonderem Interesse sind. Es wurden bereits gewisse Fortschritte in Bezug auf die Fragen der Umsetzung der Uruguay-Runde erzielt, und wir appellieren an alle WTO-Mitglieder, nach Wegen zur Berücksichtigung der Forderungen und Anliegen der Entwicklungsländer zu suchen und im Zuge der Vorbereitungen für die Konferenz von Doha Vertrauen aufzubauen. Wir begrüßen die jüngsten Initiativen der OECD-Mitgliedstaaten zur Liberalisierung des bevorzugten Marktzugangs zu Gunsten der am wenigsten entwickelten Länder sowie die Bemühungen um Einbindung des Handels in Armutsminderungsstrategien. Verstärkte Anstrengungen auf dem Gebiet des Kapazitätsaufbaus und der technischen Unterstützung sind ebenfalls unabdingbar, wenn die größere Marktöffnung den Entwicklungsländern zugute kommen soll. Wir unterstützen die Initiative für einen integrierten Rahmen (*Integrated Framework Initiative*), einschließlich der vor kurzem daran vorgenommenen Änderungen.

36. Angesichts des starken Interesses der Zivilgesellschaft an Fragen im Zusammenhang mit der Globalisierung und dem Prozess der Liberalisierung von Handel und Investition verpflichten wir uns zu Transparenz und einer verstärkten, permanenten Kommunikation mit der Öffentlichkeit. Wir sind überzeugt, dass die schrittweise multilaterale Liberalisierung und die Stärkung der Regeln im Kontext eines effektiven und berechenbaren Governance-Rahmens sowie einer größeren Kohärenz zwischen den internationalen Organisationen, sofern sie durch sich gegenseitig verstärkende Umwelt- und Sozialpolitiken flankiert werden, grundlegende Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung bilden und wichtige Antriebskräfte für Innovation, Wachstum und bessere Lebensbedingungen weltweit sind. WTO-kompatible Präferenzregelungen für den Handel können ein kohärentes multilaterales Regelwerk und eine schrittweise multilaterale Liberalisierung ergänzen, jedoch nicht ersetzen.

37. Wir sind der Ansicht, dass der OECD eine wichtige Rolle bei den kontinuierlichen Anstrengungen zur Stärkung des multilateralen Handelssystems sowie bei den Bemühungen zukommt, das Verständnis dafür zu vertiefen, was für die Länder aller Entwicklungsstufen auf dem Spiel steht. Die OECD wird durch ihre analytische Arbeit und ihren verhandlungsunabhängigen Politikdialog innerhalb und außerhalb des Kreises ihrer Mitgliedstaaten weiterhin eine Brückenfunktion erfüllen. Wir begrüßen die laufenden Bemühungen der OECD um Förderung einer größeren Kohärenz zwischen der Handelspolitik und der Politik der Entwicklungszusammenarbeit. Wir sehen der Vorlage eines Berichts über den Stand der Arbeiten im Jahr 2002 mit Interesse entgegen.

#### *Exportkredite*

38. Die *Exportkreditpolitik* kann positiv zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen und sollte mit deren Zielen im Einklang stehen. Wir begrüßen die beträchtlichen Fortschritte, die von der Arbeitsgruppe für Exportkredite auf dem Weg zu einer Einigung über eine „Empfehlung für gemeinsame Ansätze in Bezug auf Umwelt und Exportkredite“ (*Recommendation on Common Approaches on Environment and Export Credits*) erzielt wurden, und halten die Arbeitsgruppe dazu an, diese Arbeiten baldmöglichst, vor Ende 2001, entsprechend dem ihr im vorigen Jahr erteilten Auftrag zum Abschluss zu bringen. Wir begrüßen auch die Erklärung der Arbeitsgruppe über Aktionen im Zusammenhang mit Korruption und Exportkrediten (*Action Statement on Bribery and Export Credits*) und die Arbeiten dieser Gruppe über Ausgaben für unproduktive Zwecke in hoch verschuldeten armen Ländern sowie die Bereitschaft einer Reihe von Mitgliedstaaten, diese freiwillig auf andere Länder der unteren Einkommensgruppe auszudehnen. Wir fordern die Arbeitsgruppe nachdrücklich auf, die Grundsatzklärung über Ausgaben für unproduktive Zwecke und Exportkredite (*Statement of Principles on Unproductive Expenditure and Export Credits*) zu finalisieren und weiterhin größere Transparenz in diesem Bereich zu fördern. Wir bedauern zutiefst, dass es nicht für alle Teilnehmer an der Exportkreditvereinbarung möglich war, sich einem vollen Konsens über den Entwurf des Exportkreditabkommens für die Landwirtschaft (*Export Credit Understanding on Agriculture*) anzuschließen, und fordern den dringenden Abschluss dieses Abkommens. Wir befürworten weitere Arbeiten über die Finanzierungsbestimmungen der Exportkreditvereinbarung, unter anderem im Licht der jüngsten Entwicklungen in der WTO. Wir ersuchen die OECD, ihre Arbeiten über die Exportkreditbestimmungen der *Vereinbarung über Exportkredite für Schiffe* von 1994 fortzuführen, damit diese Bestimmungen vor Ende 2001 umgesetzt werden können.

#### **Schiffbau**

39. Wir fordern die OECD auf, verstärkt nach Lösungen zur Herbeiführung normaler Wettbewerbsbedingungen im *Schiffbau* zu suchen und auch Schiffbaunationen außerhalb der OECD zur Teilnahme an diesen Arbeiten zu ermutigen.

#### **Landwirtschaft und Fischerei**

40. *Landwirtschaft und Fischerei* sind Schlüsselbereiche für eine nachhaltige Entwicklung und das multilaterale Handelssystem.

- Obwohl das Niveau der Stützungsmaßnahmen für die *Landwirtschaft* im OECD-Raum nach einem zweijährigen Anstieg im Jahr 2000 rückläufig war, ist es mit rd. 327 Mrd US-\$, gemessen am Indikator der

geschätzten Erzeugerbeihilfe (*Producer Support Estimate*)<sup>10</sup>, nach wie vor hoch. Trotz einer gewissen Tendenz zur Abkehr von Marktpreisstützung und produktionsabhängigen Zahlungen bilden diese Mechanismen in den meisten Ländern weiterhin die vorherrschenden Formen der Agrarstützung, was negative Auswirkungen auf Produktion und Handel für Industriestaaten wie Entwicklungsländer zur Folge hat. Die WTO-Verhandlungen im Rahmen der „Built-in-Agenda“<sup>11</sup> bieten eine wichtige Gelegenheit für weitere Reformen, die mit wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Vorteilen verbunden sein werden. Die Analysen der OECD über Multifunktionalität, Entkopplung, die Auswirkungen der im Rahmen der Uruguay-Runde geschlossenen Abkommen sowie verschiedene handelsbezogene Themen, namentlich auch über die Beziehungen zwischen Handel und Umwelt, leisten einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis der Agrarpolitiken und ihrer internationalen Konsequenzen.

- Die *Fischereipolitik* muss sich mit dem Zusammenhang zwischen nachhaltigem Ressourcenmanagement und Handelsliberalisierung sowie den Ursachen nicht nachhaltiger Fischfangmethoden sowie der Notwendigkeit auseinandersetzen, solche Subventionen zu vermeiden, die schädliche Auswirkungen haben, wobei diese Themen von der OECD auf der Basis ihrer jüngsten Untersuchung über eine verantwortungsbewusste Fischereiwirtschaft (*Transition to Responsible Fisheries*) weiter analysiert werden müssen. Diese Untersuchung stellt einen wertvollen Beitrag dar, und wir vertrauen darauf, dass die OECD ihre Analysen in diesen Bereichen gemeinsam mit der FAO und anderen internationalen Organisationen vertiefen wird, um eine sachliche Grundlage für die Politikkonzipierung zu liefern.

### **Nahrungsmittelsicherheit**

41. Der *Nahrungsmittelsicherheit* kommt für Verbraucher und Regierungen weiterhin hohe Priorität zu. Wir stimmen darin überein, dass ein auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und festen Regeln beruhender Ansatz Grundlage der diesbezüglichen Politik sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene bleiben muss. Soweit die wissenschaftlichen Befunde nicht hinreichend gesichert sind und beim Umgang mit Gefahren im Bereich der Nahrungsmittelsicherheit Vorsorgeerwägungen zu Grunde gelegt werden, sollten die entsprechenden Maßnahmen Gegenstand laufender Überprüfungen und kontinuierlicher Risikoanalysen sein, entsprechend dem *WTO-Übereinkommen über die Anwendung sanitärer und phytosanitärer Maßnahmen*. In Kooperation mit anderen internationalen Organisationen und gestützt auf ihr anerkanntes spezifisches Fachwissen wird die OECD zu Analyse und Politikdialog über weiterreichende Fragen der Nahrungsmittelsicherheit beitragen.

### **Lebenswissenschaften und Biotechnologie**

42. *Lebenswissenschaften und Biotechnologie* gewinnen für die Verbesserung der Lebensqualität, der menschlichen Gesundheit und der Umweltqualität zunehmend an Bedeutung. Zugleich stellen diese Fortschritte den Einzelnen und die Gesellschaft vor große ethische, soziale, wirtschaftliche und sicherheitsrelevante Herausforderungen. Wir unterstreichen die Bedeutung der biologischen Vielfalt – ihrer Untersuchung, Erhaltung und nachhaltigen Nutzung und der gerechten Verteilung der aus der Nutzung genetischer Ressourcen entstehenden Vorteile – sowie der Notwendigkeit, Daten über die Biodiversität für alle zugänglich zu machen. Wir begrüßen die einschlägigen Beiträge der OECD, namentlich über die Zentren für biologische Ressourcen, sowie die Einrichtung des Globalen Zentrums für Informationen über die biologische Vielfalt (GBIF), die auf der Tagung der OECD-Wissenschaftsminister im Juni 1999 gebilligt wurde. Wir sehen ferner mit Interesse den Fortschritten der Arbeiten der OECD über Fragen der Kartierung des menschlichen Genoms entgegen.

43. Wir begrüßen die bevorstehenden Konferenzen, die zum besseren Verständnis biotechnologischer Fragen auf internationaler Ebene beitragen sollen, das heißt die gemeinsame Konferenz des Vereinigten Königreichs und der OECD zum Thema *New Biotechnology, Food and Crops: Science, Safety and Society*, die für Juli 2001 in Bangkok anberaumt ist, und die Tagung über Umwelteffekte genetisch veränderter lebender Organismen (*The Environmental Impacts of Living Modified Organisms*), die im November 2001 von den Vereinigten Staaten ausgerichtet werden soll.

10. Agricultural Policies in OECD Countries: Monitoring and Evaluation 2001.

11. Vgl. Artikel 20 des Übereinkommens der Uruguay-Runde über die Landwirtschaft.

### **Entwicklungszusammenarbeit**

44. Die Internationalen Entwicklungsziele<sup>12</sup> bilden den Kern der *Entwicklungspolitik* und stellen einen zentralen gemeinsamen Bezugspunkt dar. Die neuen *OECD-Leitlinien zur Armutsbekämpfung* sowie die von der OECD formulierten Orientierungen zu nachhaltigen Entwicklungsstrategien, Konfliktverhütung und Ausbau der Kapazitäten im Handelssektor<sup>13</sup> sind wesentliche Beiträge zur Verwirklichung dieser Ziele. Wir verpflichten uns, effektive ODA-Mittel zur Verfügung zu stellen, deren Niveau unserem Engagement für die internationalen Entwicklungsziele angemessen ist. Wir begrüßen die wachsende Anerkennung der Bedeutung einer stärkeren Harmonisierung von Geberverfahren und -praktiken.

45. Wir begrüßen die *Empfehlung über die Aufhebung der Lieferbindung für die am wenigsten entwickelten Länder*, die mit dem Ziel angenommen wurde, den Nutzeffekt der Hilfe zu erhöhen, das Kosten-Nutzen-Verhältnis von Beschaffungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern, die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer für den Entwicklungsprozess zu stärken und eine gerechtere Lastenteilung zwischen den Gebern zu fördern. Dieses Abkommen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt besonders begrüßenswert, da derzeit in Brüssel die *Dritte Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder* stattfindet.

46. Entwicklungsfragen stellen sich in einer Vielzahl staatlicher Politik- und Aktionsfelder und folglich auch im Rahmen der Arbeit der Organisation. Die *Politikkohärenz-Prüfliste im Rahmen der Armutsbekämpfung* stellt ein nützliches Instrument dar, das den Regierungen der OECD-Mitgliedstaaten Orientierungshilfen gibt. Wir ermutigen die Organisation ferner, ihre Arbeiten zu Politikkohärenz und Entwicklung zu vertiefen, und sehen diesbezüglichen Vorschlägen mit Interesse entgegen.

\*\*\*\*\*

47. Wir gratulieren Donald Johnston zu seiner Bestätigung als Generalsekretär. Wir begrüßen die Fortschritte, die er bei der Modernisierung der Organisation erzielt hat und ersuchen ihn, seine Reformagenda – im Hinblick auf Finanzen und Management, die verstärkte Festsetzung von Prioritäten für die Arbeit der Organisation sowie die Steigerung ihrer Fähigkeiten zur Behandlung der zunehmend komplexen und interdependenten Fragen der Globalisierung – weiter voranzutreiben, damit die OECD über das nötige Rüstzeug verfügt, um die großen Herausforderungen der kommenden zehn Jahre und der Zeit danach zu bewältigen. Wir sind uns der enormen Aufgabe bewusst, die eine effiziente und kostenoptimale Renovierung der Gebäude am Hauptsitz der Organisation darstellt, und werden alles in unseren Kräften Stehende tun, um diesem Projekt zum Erfolg zu verhelfen.

\*\*\*\*\*

---

12. Die Internationalen Entwicklungsziele wurden in der DAC-Strategie *Das 21. Jahrhundert gestalten* (1996) niedergelegt und sind in die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen (2000) eingeflossen.

13. Hochrangige Tagung des Ausschusses für Entwicklungshilfe vom 25. und 26. April 2001 [PAC/COM/NEWS(2001)40].